

## „Wahl-Urlauber“ aus dem Westen

### Kommunisten fungieren als „westdeutsche Beobachter“

Auf zahlreichen Wahlversammlungen der SED werden in diesen Tagen „westdeutsche Bürger“ vorgestellt, von denen die Funktionäre behaupten, sie seien besuchsweise in der Zone und wollten sich rein informativ von dem „demokratischen Charakter“ dieser kommunistischen Gemeindewahlen überzeugen. Zumeist haben es die Zuhörer bald heraus, daß es sich um getarnte westdeutsche Kommunisten handelt, die als Agitationsreisende der SED Verwirrung stiften sollen. Den wenigsten aber mag bekannt sein, was sich die SED diese Aktion kosten läßt und wie diese sogenannten „Wahlbeobachter“ in die Zone gekommen sind. Denn nicht umsonst haben diese Leute die besten Plätze in den knappen Ferienheimen belegt, und nicht ohne Grund preisen sie den SED-Staat in den höchsten Tönen.

Rund 20 000 westdeutsche Kommunisten und „Sympathisierende“ hat die „Nationale Front“ der Sowjetzone in den letzten Wochen zu einem kostenlosen Ferienaufenthalt eingeladen, für den Fall, daß sie sich in die Wahlkampagne einspannen lassen würden.

Ursprünglich hoffte man noch, auch die echten Interzonenreisenden aus der Bundesrepublik in diese Aktion einspannen zu können, und sei es wenigstens als höfliche Zuschauer auf den üblichen „Kandidaten-Vorstellungen“. Die ersten Erfahrungen ließen es jedoch geraten erscheinen, nur noch zuverlässige Kräfte dafür zu verwenden,

### „Schreibt Briefe!“

So haben die Kreis- und Ortsausschüsse der „Nationalen Front“ ihre Funktionäre aufgefordert, diese bezahlten „Wahl-Urlauber“ beschleunigt aus der Bundesrepublik heranzuholen. Den Angesprochenen garantiert man freie Hin- und Rückfahrt, Unterbringung in einem FDGB-Erholungsheim und 8–10 Ostmark tägliches Taschengeld, Heimverpflegung nach der Zonenkarte 1 plus Sonderzulage für Schwerstarbeiter.

In derartige Unkosten pflegt sich der SED-Staat sonst nur bei KP-Mitgliedern zu stürzen,

die in besondere Schulungslager gehen. Darüber hinaus versuchen die Verantwortlichen, alle „Wahlurlauber“ weitgehend als „Privatreisende“ auszuweisen. Die Betreffenden kommen dann eben auf „persönliche Einladung“ irgendeines Ostfunktionärs, der Heimaufenthalt kommt auf den fraglichen Wahlversammlungen nicht mehr zur Sprache, weil man diese Leute möglichst in einiger Entfernung vom „Urlaubsort“ agitieren läßt. Noch in diesen Tagen fordert man alle einschlägigen „Nationale-Front“-Mitarbeiter auf: „Schreibt Briefe nach dem Westen, wir haben noch Freiplätze genug!“

### Mit dem „Holzhammer“

Im Bezirk Rostock befinden sich bereits mehr als 1000 solcher Wahl-Urlauber, die sich nur zu rasch durch ihre kommunistische Terminologie vertragen. Die Mehrzahl von ihnen geht mit dem ideologischen Holzhammer gegen die verwunderten Zonenbewohner vor, die sich einen westdeutschen Urlauber eigentlich ganz anders vorgestellt haben. Diese „Westdeutschen“ hier wehklagen über die zunehmende Verelendung in der Bundesrepublik, über einen „Wahlterror der westdeutschen Faschisten und Militaristen“

und finden des Staunens über das freie und gute Leben in der „DDR“ nicht genug.

Der Bezirk Erfurt ist von solchen Urlaubern geradezu überlaufen, im Eisenhüttenkombinat Ost schickt die SED angebliche „Ruhrkumpels“ herum. In Potsdam wurde eigens ein Erholungsheim der „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ vorübergehend für die Aufnahme der KP-Agitatoren geräumt.

### Aufs Glatteis führen!

Auf die Bevölkerung steht diesen allmählich bekanntwerdenden Tatsachen mit stummer Erbitterung gegenüber. Auf zahlreichen Versammlungen und Kandidatenvorstellungen führen diese Kommunisten das große Wort, vielfach fallen sie den Zonenbewohnern, die ein Wort der Kritik wagen, direkt ins Wort: „Ihr wißt ja gar nicht, wie gut ihr es in eurer DDR habt! Wenn wir hier leben könnten, würden wir überhaupt nicht mehr fragen, was wir wählen sollen ...“

Die Zonenbewohner fragen das auch nicht, denn sie haben keine andere Wahl als die SED. Aber sie sind empört über die Frechheit, mit der diese kommunistischen Hausierer in den schönsten Urlaubsorten der Zone aufzutreten wagen, während dem Mann aus Rostock und Leipzig eine Urlaubsreise in den Westen, die er selbst bezahlen möchte, als „Verrat an der DDR“ verübelt wird. Nur ein Mittel dürfte es als Selbsthilfe geben: Führt diese KP-Urlauber durch klare und eindeutige Fragen aufs Glatteis, entlarvt sie vor allen Zuhörern als Kommunisten! Dann wird der SED auch diese demagogische „Wahlbombe“ zerstört. . .

## Roter Fernsehstar

DT. „Man sah und hörte einen schlauen, kraftstrotzenden russischen Bauern mit beträchtlicher dialektischer Schulung, imposantem Kopf und abstoßend brutalem Mund. In seiner überaus lebhaften Argumentation verwandelte sich das komplizierteste Thema in einfaches Schwarz-Weiß.“ So berichtete die „Neue Zürcher Zeitung“ über das Interview Chruschtschows im amerikanischen Fernsehen. In Amerika selbst wird darauf verwiesen, daß die Tatsache des erstmaligen Fernseh-Auftretens Chruschtschows weit mehr interessiert, als seine politische Aussage. Man braucht es deshalb nicht so tragisch zu nehmen, wie beispielsweise die Londoner „Times“, die mit bitterem Unterton feststellte: „Chruschtschow dringt in das amerikanische Heim ein.“

Immerhin hat nach den vorliegenden Berichten der schlaue Nikita kundig in die Propagandaharfe gegriffen und Töne aufklingen lassen, die dem geplagten und vor dem modernen Guckkasten seines trauten Heims besonders entspannungsfreudigen Durchschnittsamerikaner so recht ans Herz greifen sollten. Koexistenz auf dem Hintergrund möglicher Abrüstungsbereitschaft und die bieder-populäre Floskel „versuchen wir es doch mal zusammen“ — das ist es, was der starke Mann Moskaus jetzt verlockend den Amerikanern anpreist; die Koexistenz-Parole, seit Jahren in Europa in ihrer Mangelhaftigkeit (wegen des tatsächlich mangelnden sowjetischen Entgegenkommens) bloßgelegt wird, neu aufgemöbelt, jetzt den Amerikanern präsentiert. Diese werden merken, was es damit auf sich hat, spätestens dann, wenn nach der „ersten Phase“ der Abrüstung und Inspektion ein zur Schau gestellter guter Wille sich überhaupt erst bewähren muß, und zwar durch Beseitigung des Grund Übels in Europa.

Chruschtschow spielte sogar darauf an, wobei er aber den dialektischen Bereich der dreisten Behauptung nicht verließ. So etwa, daß das ungarische Kadar-Regime auch „auf Generationen hinaus gedeihen würde“, wenn die Sowjettruppen

aus Ungarn, Polen und der Zone abrückten, und die Amerikaner aus den westeuropäischen Gebieten. Dieser Vorschlag des beiderseitigen Truppenabziehens ist zwar alt und ob seiner Fragwürdigkeit oft sezirt worden. Doch wenn Chruschtschow heute nach den Vorfällen in Polen und vor allem in Ungarn erneut damit kommt, so offensichtlich nur deshalb, weil die Sowjets nicht ohne entsprechende Sicherungen ein Satellitenland verlassen würden. Also etwa nach ungarischem Muster sofort wieder einer Regierung „zu Hilfe“ eilen würden, die darum „bitten“ müßte, Chruschtschow hütete sich aber wohlweislich, mit solch vertiefenden Teilfragen den amerikanischen Fernsehern ihren Feierabend zu verderben und den eigenen Worten jegliche Wirkung. Ihm kam es im Sinne seiner sowjetisch-amerikanischen Koexistenz-Propaganda darauf an, die Schwierigkeit des europäischen Problems zu verkleinern und Europa für alle Zeiten aus dieser Koexistenz der beiden Großen auszuklammern, ohne daß dort die Spannung beseitigt ist.

Denn ein Abzug der Sowjets und der Amerikaner würde die gärende Situation in den europäischen Völkern nur verstärken, falls keine gleichzeitige und befriedigende Lösung geschaffen wird. Chruschtschow deutete aber unverhohlen an, daß er Europa sich selbst überlassen will, so wie es jetzt besteht. Das heißt, daß im Satellitenbereich die indirekte Lenkung Moskaus durch entsprechende Regierungen fortgesetzt würde. So würde es immer wieder zu Unruhen der Bevölkerung kommen und womöglich zu neuen blutigen „internen“ Auseinandersetzungen, in die auch das brennende Deutschlandproblem ohne stabile friedliche Lösung einbezogen würde. — während nach Chruschtschows Auffassung die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten koexistentiell verbündet abseits stehen könnten, als ginge sie das gar nichts mehr an. Was Chruschtschow in seiner vielzitierten Bauernschläue den Amerikanern suggerieren wollte und will, ist die falsche Meinung, die Großmacht USA könne sich getrost der Verantwortung entziehen und in untätigem Isolationismus die Augen schließen vor

der Ursache und dem eigentlichen Gefahrenpunkt der Ost-West-Auseinandersetzungen.

## Das höhere Krankengeld

DT. Der Bundestag hat kürzlich die Besserstellung der Arbeiter bei Krankheit beschlossen. Das Gesetz wird die Beteiligten nicht ganz befriedigen. Es ist ein Kompromiß zwischen dem verständlichen Wunsch der Arbeiter, in diesem Punkt künftig den Angestellten völlig gleichgestellt zu werden und den Bedenken, die vor allem von den Kleinbetrieben, die sich jetzt schon überbelastet fühlen, gegen die neuen finanziellen Belastungen erhoben wurden. Die voraussichtlichen Mehrausgaben von vielleicht 600 Mill. DM, die durch die neue Regelung entstehen, werden zwischen Krankenkassen und Arbeitgebern vorerst geteilt werden. Sofern dadurch die Krankenkassenbeiträge erhöht werden müssen, werden auch die Arbeiter selber zu einem kleineren Teil den Mehraufwand aufzubringen haben; den größeren Teil, sei es direkt oder auch indirekt über erhöhte Krankenkassenbeiträge, werden die Betriebe tragen müssen.

Diese Regelung hat auch einige andere „Schönheitsfehler“. So bleiben noch immer zwei Karenztage, für die es weder Lohn noch Krankengeld gibt, sofern die Krankheitsdauer unter 14 Tagen bleibt. Das kann leicht so ausgelegt werden, als ob man dem Arbeiter bei kurzen Fehlzeiten im Betrieb ein weniger großes Vertrauen schenkt, als dem Angestellten. Vermutlich wird die Erfahrung ein solches Mißtrauen, das sicher noch aus den Zeiten eines früher manchmal geübten „Blauen Montags“ stammt, widerlegen. Ist es doch bemerkenswert, daß Klagen über eine gelockerte Arbeitsmoral aus dem Einzelhandel, der bei seinen Angestellten seit langem schon zur Gehaltszahlung im Krankheitsfall verpflichtet ist, selten zu hören sind.

Immerhin kann auch bei der jetzt beschlossenen Regelung

(Fortsetzung auf Seite 7)

## Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

## Dibelius kritisiert Ost-CDU

„Politische Linientreue mit Bibelsprüchen begründet“

Berlin (Eigenmeldung/epd). In einer Sendung des Bayerischen Rundfunks übte Bischof Dibelius scharfe Kritik an der Presse der Sowjetzonen-CDU, „die ihre politische Linientreue mit Bibelsprüchen zu begründen versucht. Das ist haargenau dasselbe, was in der nationalsozialistischen Zeit die „Deutschen Christen“ getan haben, und gegen so etwas sind wir empfindlich.“

Der Unterschied zwischen damals und heute — so sagte Dibelius — sei lediglich der, daß die „Deutschen Christen“ vor 1945 einen großen Teil der Evangelischen Kirche hätten mit Beschlag legen können, „während heute kaum irgend jemand diesem Mißbrauch des göttlichen Wortes das Ohr öffne. Dibelius wies in seiner Ansprache ferner darauf hin, daß der Kampf gegen die Kirche in der Sowjetzone von den verschiedensten Stellen „offenbar abseits von dem Staatssekretariat für Kirchenfragen“ auf das lebhafteste vorangetrieben wird.

## Pankow verschärft das Reiseverbot

Keine Genehmigungen für die Zeit der Wahlen

Berlin (DPA). Die Behörden der Sowjetzone haben das Verbot für Reisen in die Bundesrepublik weiter ausgedehnt und für den 23. Juni ein generelles Verbot verhängt. Wie Bewohner der Sowjetzone in Westberlin mitteilen, haben die örtlichen Behörden der Volkspolizei in den letzten Tagen alle Reise-genehmigungen bis zum 22. Juni befristet. Dadurch solle verhindert werden, daß Bürger der Sowjetzone der Einheitswahl am 23. Juni fernblieben. Ausnahmen würden nach den Erklärungen der Vopo nur in Todesfällen oder bei anderen außer-gewöhnlichen Anlässen gemacht.

Das bereits angekündigte Verbot von Reisen in die Bundesrepublik für Studenten, Ober-, Mittel- und Fachschüler soll noch vor Beginn der Großen Ferien am 8. Juli durch eine Verordnung rechtsgültig werden. Wie es heißt, sollen auch noch die Schüler der obersten Klassen der Grundschulen in das Verbot einbezogen werden.

Ihre Ferien sollen die Studenten und Oberschüler statt dessen „freiwillig“ in den Braunkohlen-gruben verbringen. Auf einem Funktionärskongreß der FDJ in Ostberlin wurde am Sonnabend einstimmig ein Aufruf an die

Studenten und Oberschüler angenommen, einen zwei- bzw. vierwöchigen Arbeitseinsatz in den „Schwerpunkten der Industrie“ zu leisten. An die „Werk-tätigen der Industrie und Land-wirtschaft“ erging der Appell, „den Zehntausenden Jungen und Mädchen aus den Universitäten, Hoch-, Fach- und Oberschulen“, die in einigen Tagen zu ihnen kommen würden, nützliche und produktive Arbeit zu übertra-gen.

## VDS protestiert

Der Verband Deutscher Studentenschaften hat am Sonnabend in einer Erklärung gegen das von der Pankower Regierung verhängte Reiseverbot für Sowjetzonen-Studenten protestiert. Der VDS bezeichnet die kommunistische Maßnahme als „eine Vergewaltigung elementarster demokratischer Rechte“.

## Wieder Wissenschaftler geflüchtet

Der stellvertretende Direktor der Ingenieurschule Köthen, Johann Thissen, sowie der Dozent für Chemie an derselben Schule, Gerhard Kirchhübel, sind nach Mitteilung des Untersuchungsausschusses Freieilicher Juristen nach Westberlin geflüchtet.

## Mehr Kassenärzte für Berlin

Berlin (Eigenmeldung). Nach der neuen Zulassungsordnung für Kassenärzte, die im Bundesgebiet ab 1. Juni in Kraft getreten ist, soll es jetzt auch in Berlin für je 500 Kassenmit-glieder einen Kassenarzt geben. Durch diese neue Schlüsselzahl, die für Berlin bis zum Ablauf eines Jahres nach Wiederzulassung der Ersatzkassen um zehn Prozent erhöht wird, steigt die Zahl der zugelassenen Kassen-

ärzte in Berlin nach Meinung der Kassenärztlichen Vereinigung um etwa 100 bis 120.

## Prof. Hausenstein †

München (DPA). Der erste deutsche Nachkriegsbotschafter in Paris, Prof. Dr. Wilhelm Hausenstein, ist in München zwei Wochen vor Vollendung seines 75. Lebensjahres einem Herzschlag erlegen.

## Neue Verbalnote an Moskau

### Bundesregierung will Themenkreis abgrenzen

**Bonn (Eigenbericht).** Die Bundesregierung wird eine neue Verbalnote an die Sowjetregierung richten, um zu erreichen, daß bei den bevorstehenden Moskauer Verhandlungen umfassende Abmachungen über die Rückführung der etwa 80 000 bis 90 000 noch in der Sowjetunion zurückgehaltenen Deutschen erzielt werden. Von der sowjetischen Antwort auf diese Note, die Botschafter Dr. Haas dem sowjetischen Außenminister übergeben soll, wird es abhängen, ob die Verhandlungen entsprechend dem sowjetischen Vorschlag am 15. Juni in Moskau beginnen können. Die Bundesregierung hält es für nötig, die Frage der Rückführung der Deutschen noch einmal anzuschneiden, nachdem in der letzten Sowjetnote behauptet worden war, die Repatriierung der in der Sowjetunion verurteilten deutschen Bürger sei „vollkommen abgeschlossen“. Unter allen Umständen will die Bundesregierung erreichen, daß die Repatriierungsfrage bei den Moskauer Verhandlungen einen Kernpunkt bildet.

### Verständigung über Gesprächsthemen

Auch in anderer Hinsicht ist nach Ansicht der Bundesregierung vor der Aufnahme der Verhandlungen noch eine genauere Verständigung über den Themenkreis erforderlich. In der letzten Sowjetnote ist auch die Frage der sowjetischen Staatsangehörigen angeschnitten wor-

den, die sich noch in der Bundesrepublik befinden. Die Bundesregierung wird sich nicht sträuben, diese Frage im Zusammenhang mit der Rückführung der Deutschen aus Rußland zu behandeln. Man denkt an eine Vereinbarung, bei der etwa der UN-Flüchtlingskommissar die sowjetischen Staatsangehörigen in der Bundesrepublik befragen könnte, ob sie nach Rußland zurückgehen wollen. Eine weitere Meinungsverschiedenheit betrifft die Verhandlungen über kulturelle Fragen. Während die Bundesregierung vorgeschlagen hatte, die Fragen eines wissenschaftlich-technischen Austausches auf dem üblichen diplomatischen Wege zu behandeln, hat die Sowjetregierung in ihrer letzten Note erklärt, sie wünsche zu einem Abkommen über wissenschaftlich-technische und kulturelle Verbindungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik zu kommen. Den Abschluß eines Kulturabkommens hat man aber bisher in Bonn nicht für sinnvoll gehalten. Nach Ansicht maßgebender

Kreise der Bundesregierung besteht die Hoffnung, daß die Sowjetunion auf die deutschen Verhandlungswünsche eingeht, weil sie offenbar ein großes Interesse an den Wirtschaftsverhandlungen hat, die einen der Hauptpunkte der Moskauer Besprechungen ausmachen sollen. Das deutsche Interesse an einem Handelsabkommen ist dagegen geringer, da sich der Handel ohnehin günstig entwickelt. Nach Angaben aus Regierungskreisen ist der deutsch-sowjetische Handel in der ersten Hälfte dieses Jahres um 50 Prozent angestiegen.

### Keine allgemeinen Verhandlungen

Zu politischen Verhandlungen wird es aller Voraussicht nach bei den Moskauer Besprechungen nicht kommen. Wenn es auch in der letzten Sowjetnote heißt, man wolle „über Fragen der Entwicklung und Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik“ sprechen, so hält man es in Bonn doch nicht für nötig, durch den Notenwechsel vor Beginn der Verhandlungen klarzustellen, daß die Bundesregierung keine hochpolitischen Fragen zu behandeln wünscht.

## Bomben in Laternenpfählen

### Neue Taktik der algerischen Aufständischen

**Algier (AP/DPA).** In der Innenstadt von Algier sind kürzlich zur Hauptverkehrszeit kurz hintereinander drei Bomben explodiert, die mit Zeitzündern in den Hohlräumen eiserner Laternenpfähle versteckt waren. Durch die Wucht der Explosion

und durch umherfliegende Eisensplitter wurden nach ersten Berichten fünf Menschen getötet und etwa 80 — fast ausschließlich Europäer — verletzt. Die Bombenanschläge werden algerischen Terroristen zugeschrieben.

Fast alle Bomben explodierten in der Nähe von Straßenbahn- und Autobushaltestellen. Die Splitter der Laternenpfähle flogen Hunderte von Metern weit und hatten eine ähnliche Wirkung wie eine Granate.

Weitere blutige Zwischenfälle wurden von den französischen Behörden aus allen Teilen Algeriens sowie aus Frankreich selbst gemeldet. In Blida wurden durch eine Handgranate zwei Menschen getötet und 19 verletzt. In Tlemcen wurden zehn mohammedanische Kinder durch eine Granate verwundet. Bei verschiedenen Schießereien kamen drei Europäer ums Leben. Bei Oran wurde ein 54jähriger Gärtner mit durchschneider Kehle tot aufgefunden.

## NATO billigt Abrüstungsplan

### Schneller Erfolg Stassens

**Paris (AP).** Die NATO-Länder haben dem bisher noch geheimgehaltenen amerikanischen Plan für eine Rüstungskontrolle zugestimmt, wie aus Kreisen der Teilnehmer an der Pariser Sitzung des Ständigen Rates verlautet. Der amerikanische Abrüstungsbeauftragte Stassen, der den Plan erläuterte, kann nun der Londoner Abrüstungskonferenz gleichsam im Namen aller 15 NATO-Staaten den amerikanischen Plan vorlegen.

Stassen sowie auch Präsident Eisenhower messen zwei Punkten des amerikanischen Planes besondere Bedeutung bei: Der

Anregung, daß Truppenbewegungen über die Staatsgrenzen hinaus zuvor registriert werden müssen und dem Vorschlag für eine internationale Regelung des Verkaufs von Waffen an dritte Länder. Wie es heißt, enthält der Plan auch Vorschläge für die Luftinspektion.

Der französische Chefdelegierte bei den Londoner Verhandlungen, Moch, dementierte Berichte, daß der amerikanische Plan den Vorschlag enthalte, daß nur die drei bisherigen Atomkräfte Kernwaffen produzieren dürfen.

So sind sie wirklich:

## Die Witwenrente zahlt der Mörder

Ein politisch geschäftstüchtiger SED-Anwalt und eine Handvoll kommunistischer Journalisten haben dieser Tage eine Frau in die Öffentlichkeit gezerrt, deren Name sich sonst nur noch in den Teilnehmerlisten turnusmäßiger „Friedens“- und Gedenktagungen findet. Rosa Thälmann, „Volkskammer“-Abgeordnete und Witwe des ermordeten KPD-Chefs, wurde an der Zonengrenze von westdeutscher Polizei angehalten, weil sie einen ganzen Koffer kommunistischen Propagandamaterials mit sich führte.

Der Beamte, der ihr dieses Zeug höflich, aber bestimmt abnahm, wußte nicht, daß wenig später ein Dr. Kaul „parlamentarische Immunität“ für Rosa Thälmann beanspruchen würde. Er müßte darob auch höchst verwundert sein: Denn in ihrem eigenen Staatswesen genießen die Volkskammer-Abgeordneten keine Immunität. Der SSD hat mehr als einen von ihnen verhaftet...

### Im Schatten „Teddys“

Wer ist diese Frau, die heute in Pankow eine Ehrenrente verzehren darf und für gelegentliche Schaustellungen als Statistin herhalten muß? Rosa Koch, wie ihr Mädchenname lautet, wurde im März 1890 als Tochter eines Schuhmachers in Bergfeld, Kreis Stormarn, geboren. Als Landarbeiterin kam sie nach Hamburg, wurde dort Wäscherin und lernte mit 20 Jahren den damaligen Transportarbeiter und „Schaueremann“ Ernst Thälmann kennen. 1913 nahm sie dessen Namen an und trat den Gewerkschaften bei.

Zusammen mit Thälmann erlebte sie den „Spartakus“, die USPD und die Gründung der KPD. Trotzdem hat Rosa Thälmann nie eine politische Rolle gespielt. Sie lebte im Schatten „Teddys“, wie man ihren Mann nannte, und zeigte auch keinen sonderlichen Ehrgeiz, in den kommunistischen „Apparat“ hineinzuwachsen. Und dennoch gibt es heute genug SED-Funktionäre, die das Gedächtnis dieser Frau auslöschen möchten...

## ROSA THÄLMANN



### „Sie weiß zuviel!“

Als die KP-Führer 1945 vor der Frage standen, was mit der Witwe Thälmanns zu tun sei, plädierte Ulbricht für einen „ruhigen Lebensabend in der Sowjetunion“. „Sie weiß zuviel!“ munkelte man über Rosa. Aber einige aus den KZs befreite Altkommunisten verdarben Ulbricht diesen Zug. Was wußte Rosa Thälmann? Sie könnte über die wahren Hintergründe der Cliquenkämpfe im alten KPD-Zentralkomitee berichten. Ihr hatte Thälmann seinen Kummer mit den Intriganten Pieck und Ulbricht gebeichtet. Sie könnte schließlich am besten erzählen, wie das damals war, im Jahre 1933.

Thälmann wäre kaum verhaftet worden, hätte ihn die rechtzeitig geflüchtete Gruppe Pieck-Ulbricht nicht noch in den Dezember tagen des Jahres 1932 mit einer Korona höchst zweifelhafter Gestalten umgeben, von denen jeder Apparatschik wußte, daß sie mit der Gestapo in Verbindung standen bzw. mit den SS-Leuten, die insgeheim die neue „Staatspolizei“ vorbereiteten. Thälmann ging in eine Falle, die Ulbricht vorbereitet hatte. Thälmanns Mitschuld bestand in jenem unverständlichen Vertrauen, das er den ihm von Ulbricht hinter-

lassenen Verbindungsleuten entgegenbrachte.

### Thälmann mußte weg

Trotzdem wäre Thälmann, dem die Nazis weniger Bedeutung beimaßen, freigekommen, wenn Ulbricht und Pieck nicht in Moskau Sturm gelaufen wären gegen einen von der Komintern bereits vorbereiteten Austauschbeschuß. Ulbricht wollte Thälmanns Tod, um sich den späteren Führungsanspruch unter den deutschen Kommunisten zu sichern. Pieck unterstützte ihn, der „Präsidenten“-Posten sollte ihn später dafür belohnen. Und beide wußten nur zu gut, daß ihre Intervention bei der Komintern Thälmanns Tod bedeuten mußte...

Rosa Thälmann kennt diese Zusammenhänge besser als jeder andere Kommunist. Sie, die bis 1944 auf freiem Fuß blieb, hat Ernst Thälmann viele hundert Male noch gesprochen. Kurz vor der in tiefes Dunkel gehüllten Ermordung ihres Mannes ging sie selber ins KZ. Als Ulbricht an der Macht war, schob er dieser Frau einen fiktiven Posten als VVN-Funktionärin und Frauenbund-Mitglied zu. Über „Friedensrat“ und „Nationale Front“ brachte man sie schließlich in die Ostberliner „Volkskammer“, der sie nun seit 1950 angehört.

### Orden für Verschwiegenheit

Inzwischen haben die SED-Führer diese Frau mit vielen Orden und Auszeichnungen für ihre Verschwiegenheit über die makabre Vergangenheit belohnt. In einer Treptower Villa verzehrt sie die Witwenrente, die ihr die Mörder Thälmanns bewilligt haben. Was sie darüber denkt, und wie wenig Wert sie darauf legt, an die Öffentlichkeit gezogen zu werden, mag ein Satz offenbaren, den sie anlässlich der Besichtigung des „Thälmann“-Films zu ihren Begleitern sagte: „Das ist alles wunderschön. Aber am schönsten war es immer noch mit Teddy in unserer Hamburger Kochstube, damals vor dem ersten Krieg...“ Damals, als sie noch unter Arbeitern und nicht unter den Mördern ihres Mannes leben durfte...

## „Soldatentreffen“ in Ostberlin

Otto Korfes lud die „Stalingrader“ ein

Seit Stalingrad-Feldmarschall Paulus in der Sowjetzone verstorben ist, haben die kommunistischen Versuche, ehemalige deutsche Offiziere und Generale für gemeinsame politische Aktionen anzuwerben, merklich nachgelassen. Den Veranstalter fehlte offensichtlich eine attraktive und zugleich „neutrale“ Figur in diesem Spiel. Jetzt hat sich die für die Militärpropaganda verantwortliche Abteilung des SED-Zentralkomitees für Dr. Otto Korfes als Paulus-Nachfolger entschieden. Korfes arrangierte innerhalb von acht Wochen insgesamt sieben „gesamtdesche Offiziers- und Soldatentreffen“, deren letztes am 18. Mai in Ostberlin stattgefunden hat.

Generalmajor Dr. Otto Korfes, bis zum vergangenen Herbst noch General der Zonenwehrmacht, ist selbst „alter Stalingrader“. Bevor er den Weg zum „Nationalkomitee Freies Deutschland“ fand, ließ er es zu, daß seine eingekesselte Division fast bis zum letzten Mann aufgerieben wurde. Sein Weg der kommunistischen Läuterung ist mit den Grabkreuzen von Zehntausenden seiner Soldaten gepflastert. Heute schwelgt er SED-Reportern gegenüber mit sentimentalen Erinnerungen an seinen Besieger, den Sowjetgeneral Tschukow.

### Für Politarbeit abgestellt

Seit dem Herbst 1956 ist Dr. Otto Korfes als Bezirkssekretär der „Nationalen Front“ für die kommunistische Politarbeit abgestellt. Sein derzeitiges Metier ist die Führung der „Wahl“-Kampagne unter den ehemaligen Offizieren und Beamten. Der Vorschlag, „Soldatentreffen“ in erweiterter Form durchzuführen, stammt von ihm. Seine Absicht: Ein Gegengewicht gegen die westdeutschen Soldatenverbände zu schaffen. Der Weg dazu: Gleichfalls Soldatenverbände gründen, nur eben unter kommunistischer Führung...

Die ersten Versuche scheinen verunglückt zu sein. Man sah keine zehn Prozent neue Gesichter, es war der alte Moskauer Klüngel aus dem Nationalkomitee. Die damals in den Offiziersreservaten um Moskau logierten, hatten mit ihren Soldaten in den Lagern nur dadurch Kontakt, daß sie sich aus diesen ihre „Burschen“ holten. Heute sind diese Leute ausnahmslos hohe Funktionäre der NDPD oder Offiziere der „Nationalen Volksarmee“. Ihre Kasinowitz unterscheiden sich von damals ebensowenig wie

ihr äußeres Auftreten. Ihre preußische Borniertheit wird — von den Kommunisten stillschweigend belächelt — heute erst recht zur Schau gestellt: Man möchte sich für die kommunistischen Entgleisungen, die man täglich selbst begeht, „standesgemäß“ entschuldigen.

### Geächtet und isoliert

Wer Gelegenheit hatte, diese von Korfes organisierten Tagungen, und vor allem jene letzte in Ostberlin, zu beobachten, dem konnte eines nicht entgehen: Die veranstaltenden Offiziers- Funktionäre leben heute in der Sowjetzone geächtet und isoliert. Geächtet werden sie von ihren alten Offizierskameraden, isoliert leben sie von der Masse jener Soldaten, die einst unter ihrem verderblichen Kommando standen. Und unter den Kommunisten haben sie keine Freunde. Man benötigt sie, aber man liebt sie nicht sonderlich.

Diese NDPD-Offiziere wirken in ihrer halbkommunistischen Zwitterrolle lächerlich und blamabel. Um so mehr, als sie

## Im alten Jargon

Zwei der westdeutschen Gäste, die den Tagungsablauf mit wachsendem Entsetzen verfolgten, versuchten vergeblich, eine halbwegs friedliche Erklärung als Schlußstrich anzubringen. Es handelte sich bei diesen Leuten wohlgemerkt um ehemalige Offiziere, die seit Jahren auf kommunistischen Tarnveranstaltungen agiert hatten! Sie wurden von den „Ost-Kameraden“ kurz und militärisch überspielt, mit einer Resolution, die an Aggressivität und Schärfe nichts zu mißverstehen offen ließ. Es war der alte Moskauer Jargon, nur diesmal gegen die west-

## SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwach wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

noch heute ihre Kasinomanieren zu erhalten suchen. Und in dieser Verfassung versuchten sie in Ostberlin ein knappes Dutzend alter Kameraden aus dem Westen und rund 80 politisch weitgehend präparierte Mitläufer aus dem Osten zu einer „Anti-NATO-Stellungnahme“ zu bringen. Nur die „Nationalzeitung“ brachte schließlich jenes merkwürdige Dokument, das sich überschrieb: „An die ehemaligen deutschen Soldaten des zweiten Weltkriegs“, und das von der ganzen alten Moskauer „Nationalkomitee“-Equipe unterzeichnet war.

lichen Demokratien und gegen die Bundesrepublik gerichtet. Leute wie Martin Lattmann, Arno von Lenski und Herbert Stößlein, einst die erste Garnitur der NS-Führung, zogen plötzlich gegen „Monopolherren“ und „Faschisten“ los, und drohten mit „vernichtenden Gegenschlägen“...

Die SED war schlecht beraten, als sie diese Schaustellung arrangieren ließ. Und auch der fast 66jährige Korfes gab keine gute Figur als Paulus-Nachfolger. Die „Soldaten“ aber schüttelten nur noch die Köpfe...



„Zum Ausgleich wird sich die Regierung der DDR zur Erhöhung der Normen entschließen!“

## Das höhere Krankengeld

Fortsetzung von Seite 2

der Arbeiter künftig damit rechnen, daß er in den ersten sechs Wochen der Krankheit praktisch dem Angestellten nahezu gleichgestellt ist; denn die ersparten Werbekosten während der Krankheit (Fahrten) dürfen dazu beitragen, daß der Familie während der ersten sechs Krankheitswochen nahezu der Normallohn zur Verfügung steht. Es wird sich wahrscheinlich nicht vermeiden lassen, daß auch die Angestellten künftig häufiger nach „Gleichstellung“ mit den Arbeitern rufen werden, wenn sie beispielsweise feststellen, daß ihre Gehaltsentwicklung hinter den Lohnerhöhungen zurückgeblie-

ben ist; zumal ihnen jetzt eine wesentliche rechtliche Besserstellung gegenüber dem Arbeiter nicht mehr vorgehalten werden kann.

## Louise Schroeder †

Berlin (Eigenmeldung). Frau Louise Schroeder ist am Dienstag kurz vor 22 Uhr im Alter von 70 Jahren nach längerer Krankheit im Berliner West-Sanatorium an einem Herzleiden gestorben.

DT. Als wir Frau Louise Schroeder vor einigen Wochen bei dem Festakt der Verleihung der Ehrenbürgerrechte sahen,

## Zuchthaus für Telefon-Spion

Karlsruhe (AP). Der Dritte Strafsenat des Bundesgerichtshofes hat nach dreitägiger Hauptverhandlung den 31 Jahre alten Bundespost-Fernmeldebauhandwerker Alfred Geißler aus Berlin wegen Landesverrats und Verbrechens gegen das Berliner Freiheitsschutzgesetz zu einer Zuchthausstrafe von sechs Jahren verurteilt. Seine 25 Jahre alte Ehefrau Christa erhielt eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten.

Beide wurden auf Grund ihrer eigenen Geständnisse und einer Reihe von Zeugenaussagen überführt, als bezahlte Agenten des sogenannten Staatssicherheitsdienstes der Sowjetzone (SSD) Staatsgeheimnisse der Bundesrepublik an den SSD verraten zu haben.

Staatsgeheimnisse der Bundesrepublik hatte Geißler dadurch erlangt, daß er eine im Telefonbuch nicht verzeichnete Fernsprechleitung des Ostbüros der SPD in Berlin-Charlottenburg anzapfte und ein Jahr lang sämtliche Telefonate auf dieser Leitung von seiner Frau auf Tonbänder aufnehmen ließ, die von ihr täglich zum SSD gebracht wurden.

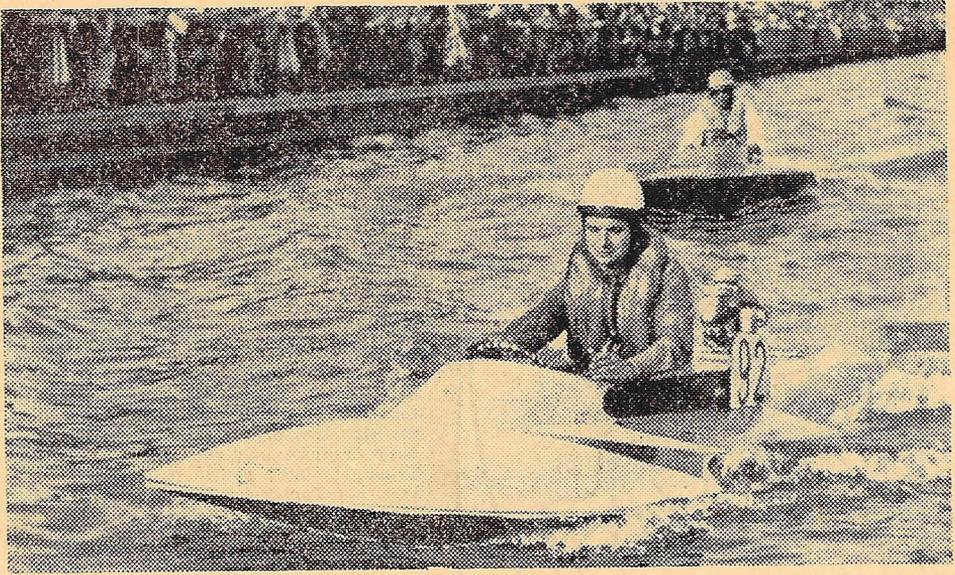
## Schukow blieb in Ungarn

Budapest (AP). Der sowjetische Verteidigungsminister Schukow hat entgegen anderslautenden Meldungen Budapest nach einwöchigem Aufenthalt erst am Sonnabend verlassen.

Schukow war zusammen mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zur Unterzeichnung eines sowjetisch-ungarischen Truppenvertrages nach Budapest gekommen. Gromyko verließ bereits am Dienstag die Stadt wieder. Gerüchte besagten, daß in Budapest eine Konferenz der Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes stattgefunden habe.

war sie von ihren Ärzten nur für wenige Stunden „beurlaubt“ worden. Die eigentliche Krise ihrer Erkrankung schien noch bevorzustehen, und nur die Erinnerung an ähnliche Situationen, in denen sich die so zart wirkende Frau mit ungeahnter Zähigkeit wieder erholt hatte und zur Arbeit zurückgekehrt war, ließ einige Hoffnung. Sie hat sich nicht erfüllt.

Unter dem Einfluß ihres Vaters, eines Bauarbeiters und Funktionärs der Sozialdemokratischen Partei in Altona, hatte Frau Schroeder einst den Weg zur Politik gefunden. Bereits mit 32 Jahren war sie Abgeordnete der Weimarer Nationalversammlung, und 13 Jahre lang gehörte sie dem Reichstag an,



**BILDER DER WOCHE:** Oben: Dieter König Europameister. Vor 5000 Zuschauern sicherte sich der Berliner in Hannover den Europatitel der Rennbootklasse bis 350 cm. — Unten: Neues Amerikahaus in der Berliner Hardenbergstraße (Zoo-Gegend) eröffnet. Die amerikanische Regierung übergab der Stadt Berlin den Betrag von 858 000 DM für die Errichtung des Gebäudes, das später in das Eigentum der Stadt übergeht.

